

NIEDERSCHRIFT

über die 0. Beratung der Gemeindevertretung am 30.10.2019

Ort: Rathaus Kleinmachnow, Adolf-Grimme-Ring 10, Bürgersaal
Beginn: 18:00 Uhr
Ende: 22:05 Uhr
Anwesenheit: siehe Anwesenheitsliste

Öffentlicher Teil

TOP 1 Begrüßung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung

Eröffnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung Kleinmachnow und Begrüßung durch den Vorsitzenden, Herrn Liebreuz.

Es wird festgestellt, dass die Ladung zur Sitzung an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter fristgerecht erfolgte.

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 30. Oktober 2019

Als Tischvorlagen liegen den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern folgende Unterlagen vor:

- Beantwortung von Anfragen
- Information zu TOP 11.3, DS-Nr. 121/19/1 – Sanierung und Modernisierung Gebäude Richard-Strauß-Weg 10

- Durch den Bürgermeister werden die Beschlussvorlagen DS-Nr. 125/19 und DS-Nr. 126/19 für die heutige Sitzung von der Tagesordnung genommen. Sie werden voraussichtlich in der Sitzung im Dezember 2019 behandelt.
- Herr Bültmann führt aus, dass der Antrag DS-Nr. 118/19 – Plakatwerbung in Kleinmachnow – zurückgestellt wird.
- Herr Steinacker bittet den Vorsitzenden der Gemeindevertretung über die Beratungen des Regionalausschusses zu berichten. Der Vorsitzende stimmt dem zu.

Weitere Änderungen und Ergänzungen zur Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 30. Oktober 2019 liegen nicht vor.

Die geänderte Tagesordnung der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung am 30. Oktober 2019 wird festgestellt.

TOP 3 Einwendungen gegen die und Feststellung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 5. September

2019

Einwendungen gegen die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 5. September 2019 liegen nicht vor.

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung der Gemeindevertretung vom 5. September 2019 wird festgestellt.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

1. **Frau Ibe-Göhler, Driftkamp 1**
- 1.1 **Ich möchte mich äußern zum TOP 10.3 – Zurückstellung des Bauvorhabens „Erweiterung Hort „Am Hochwald“. Mit Verwunderung habe ich das in der Tagesordnung gelesen, ich bin Elternteil eines Schülers der Grundschule „Auf dem Seeberg“. Mein Sohn ist in der 4. Klasse, nutzt den Hort und würde ihn auch gerne in der 5. und 6. Klasse weiter nutzen. Ich spreche hier für die Elternschaft, in der insgesamt Unbehagen herrscht, da es wieder zur Verschiebung eines direkt beschlossenen Bauvorhabens kommt. Es liegen Baugenehmigungen vor und wir warten auf den Spatenstich. Wir wollen unsere Kinder auch in der 5. und 6. Klasse im Hort von den Pädagoginnen und Pädagogen gut betreut sehen möchten und sie nicht als Schlüsselkinder zu Hause möglicherweise mit Medienkonsum in den Nachmittag schicken. Die Kinder wünschen sich das auch, sie haben das geäußert, sie fühlen sich wohl in diesem Hort und möchten dort betreut werden. Wir möchten einfach, dass dieser Antrag diesbezüglich überdacht wird und wir schnellstmöglich zu einer Lösung kommen, die für die Kinder gut ist.**

Bürgermeister Herr Grubert

Ich bedanke mich für Ihre Anfrage. Wir werden nachher zur Diskussion kommen. Ich möchte ganz klar feststellen, dass alle Kinder, die einen Rechtsanspruch haben, auch in der 5. und 6. Klasse, betreut werden. Es ist schon ein bisschen unglücklich in der Formulierung Ihrer Meinungsbildung, die ich respektiere, zu unterstellen, dass sich die Kinder dann zu Hause mit Medienkonsum konfrontiert sehen müssen. Wir werden alle Kinder betreuen. Im Moment werden auch alle Kinder betreut, die einen Rechtsanspruch haben.

Frau Ibe-Göhler

Das weiß ich. Ich wollte das ein bisschen provokant formulieren, denn ich kenne natürlich die Fakten. Es gibt eine Ausnahmegenehmigung. Natürlich werden sie betreut.

Bürgermeister Herr Grubert

Ich wollte nur klarstellen, dass alle Kinder betreut werden. Um die Entwicklung einmal aufzuzeigen: Im Schuljahr 2018/2019 waren es acht Kinder der 5. und 6. Klassen, die im Hort „Am Hochwald“ betreut werden müssen. Drei davon waren am 1. Februar 2019 noch im Betreuung. Zurzeit sind es zehn Kinder. Es ist damit zu rechnen, dass diese Zahl wieder zurückgeht. Ich will die Gemeindevertreter dahingehend sensibilisieren bzw. fragen, ob sie das überprüfen wollen. Es ist eine Entscheidung der Gemeindevertretung, ob wir das Bauvorhaben, was sehr viel Geld kostet, wirklich zu

diesem Zeitpunkt umsetzen oder eventuell auch etwas später. Es soll die Notwendigkeit untersucht werden. Das Bauvorhaben kostet drei Mio. Euro. Das sind aber nur die Baukosten, es ist ja mit weiteren Folgekosten verbunden wie z. B. Einrichtung, Personal, Betreuung usw. Ich muss ganz klar sagen, dass es meine Aufgabe als Bürgermeister ist, darauf hinzuweisen, dass der Haushalt defizitäre strukturelle Probleme hat, hinsichtlich mehr Ausgaben als Einnahmen. Und dann muss man halt eine getroffene Entscheidung zwei Jahre später auch mal überprüfen, ob diese Entscheidung noch die Richtige ist. Das machen Sie privat sicherlich auch. Genau das möchte ich. Wenn die Mehrheit der Gemeindevertreter sagt, dass der Hort auch weiterhin gebaut werden soll, dann wird er gebaut. Es ist ein Rückgang der Schülerzahlen zu verzeichnen. Im Jahr 2018/2019 wurden 168 Kinder eingeschult, für das Schuljahr 2019/2020 waren es 138 Kinder.

Frau Ibe-Göhler

Es geht nicht nur um nackte Zahlen, es geht um mehr.

Bürgermeister Herr Grubert

Es geht immer um mehr. Ich finde, dass die Kinder in Kleinmachnow durch den Eigenbetrieb KITA-Verbund ausgezeichnet betreut werden, auch wenn eine Zeitlang eine Doppelnutzung besteht. Wir haben sehr sehr gute Möglichkeiten. Man sollte sich immer fragen, wenn eine Situation sich ändert, ob die getroffene Entscheidung richtig war. Nur das möchte ich mit der Zurückstellung. Wenn die Gemeindevertretung das nicht beschließt, wird das Bauvorhaben jetzt realisiert und ansonsten wird es um drei Monate zurückgestellt, um die vor zwei Jahren vorgelegten Zahlen zu überprüfen.

Herr Templin, Vorsitzender der Fraktion BIK

Inhaltlich werde ich jetzt dazu nichts sagen. Ich wollte Ihnen nur mitgeben, dass wir Gemeindevertreter von diesem Beschluss genauso überrascht waren, denn dieser Beschluss ist direkt in die Gemeindevertretung eingebracht worden. Er wurde vorher nicht z. B. im entsprechenden Werksausschuss behandelt, das heißt, da sind keine Informationen bisher für diesen Beschluss eingeflossen. Darüber hinaus ist dieses Bauvorhaben im Bericht des KITA-Verbundes auch in der letzten Sitzung als existenz- und fortführbar dargestellt. Insofern ist die Überraschung, zumindest bei einem Teil der Gemeindevertretung, ähnlich wie bei Ihnen.

2. Herr Neumann, Zehlendorfer Damm 28

2.1 Ich habe zwei Fragen zur Finanz-, Wirtschafts-, Verkehrs- und Umweltpolitik anlässlich der Sperrung der Rammrathbrücke. Ein Paradebeispiel wie ein integriertes Verkehrskonzept nach meiner Meinung nicht funktionieren sollte, ist die zweijährige Sperrung der Rammrathbrücke mit erheblichen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger unserer Gemeinden.

Warum haben sich die Gemeinden nicht im Vorfeld, hinsichtlich der weiteren Finanzierung der Behelfsbrücke in Höhe von 1 Mio. Euro, zusammenschlossen, um die erheblichen Folgen für die Bürgerinnen und Bürger zu minimieren?

Des Weiteren sollte die Verkehrs- und Umweltpolitik nicht an den Gemeindegrenzen haltmachen. Ich meine damit, dass jetzt eine Umleitungsstrecke in Betrieb genommen werden soll, und ich bin der Meinung, dass auf dieser Umleitungsstrecke eine Tempo 30 Begrenzung gelten sollte, um die Attraktivität der noch nicht einmal vorhandenen Umleitungsstrecken wie Biomalz-

**Spange, L 77 neu, Quermante zu erhöhen und gleichzeitig Lärm- und Abgasemissionen für die Bürgerinnen und Bürger reduzieren.
Auf der Informationsveranstaltung des Wasserstraßenneubauamtes konnte man mir die konkreten Fragen nicht beantworten, weil keiner von der Verkehrsbehörde anwesend war.**

Bürgermeister Herr Grubert

Die Rammrathbrücke liegt mit beiden Teilen in der Gemarkung Teltow. Wir sind in den gesamten Prozess, der schon drei oder vier Jahre andauert, mit einbezogen worden. Die Entscheidungen des Wasserstraßenneubauamtes zu zwei Aspekten finde ich schlecht.

1. Der Verzicht auf die Ersatzbrücke mit Kosten von etwa 1,2 Mio. Euro und

2. die Errichtung der Brücke in genau der gleichen Größe wie sie zurzeit besteht.

Wenn wir die Brücke verbreitert hätten, so dass sie auch die Radfahrer sicher benutzen können, hätte das bedeutet, dass die Stadt Teltow die Kosten allein tragen muss. Nicht die Mehrkosten der Verbreiterung der Brücke, sondern die vollständigen Kosten. Diese Entscheidung des Wasserstraßenneubauamtes kann ich nicht nachvollziehen. Der Versuch, dies überprüfen zu lassen, wurde vom Straßenneubauamt wie folgt kommentiert: „Wenn wir anderer Meinung sind, müssen wir klagen. Wenn wir klagen, müssen wir damit rechnen, dass die Brücke, die sehr baufällig ist, vorher zusammenstürzt. Dann haben wir kein Neubauprojekt, sondern eine gesperrte Brücke. An dieser Stelle kann ich nur sagen, beide Seiten der Brücke befinden sich nicht in der Gemarkung der Gemeinde Kleinmachnow, deshalb hatten wir keine Chance etwas Anderes zu machen. Ob wir aber auch eine andere Entscheidung getroffen hätten als die Stadt Teltow, die die Übernahme der Kosten für die Ersatzbrücke in Höhe von 1,2 Mio. Euro abgelehnt hat, weiß ich auch nicht. Ich hätte sie jedenfalls auch nicht befürwortet. Wir haben alles getan bis hin zu Gesprächen mit der Bundesverwaltung und dem zuständigen Staatssekretär.

Tempo 30 auf der gesamten Umgehung, würde in Kleinmachnow den Zehlendorfer Damm betreffen. Das ist sicherlich eine Variante, die die Untere Straßenverkehrsbehörde im weiteren Verlauf noch prüfen wird. Sie hat sich diese Option, wenn es notwendig sein sollte, vorbehalten. Um den Verkehrsfluss aufrecht zu erhalten, besteht keine Möglichkeit, von Richtung Friedensbrücke kommend, in die Förster-Funke-Allee oder das Meiereifeld nach links abzubiegen. Bedauerlich ist zudem, dass das Wasserstraßenneubauamt, was den Brückenneubau seit mehreren Jahren geplant hat, nicht noch gewartet hat, bis die anderen Baumaßnahmen in der Region z. B. die Biomalz-Spange fertiggestellt worden sind. Ich muss aber auch sagen, dass ich Bürgermeister der Gemeinde Kleinmachnow bin und das Wasserstraßenneubauamt, das eine sympathische, mit sehr netten Menschen besetzte Behörde ist, leider nicht auf mich gehört hat.

Herr Neumann

Ich denke, die Gemeinden müssten stärker zusammenarbeiten. Dafür gibt es einen Regionalausschuss und dann sollten die Gemeinden gemeinsam Projekte finanzieren. Die ganze Maßnahme über zwei Jahre wird immense ökonomische und ökologische Folgen für die Bürgerinnen und Bürger haben. Allein wenn Sie in das Einkaufsviertel von Teltow fahren, müssen pro Fahrt zwei Kilometer Umweg gefahren werden. Was meinen Sie wie viel Sprit und Nerven dabei draufgehen.

Bürgermeister Herr Grubert

Ich bin sehr froh, dass wir eine Behelfsbrücke für Fußgänger und Radfahrer bekommen sollen, die zwar leider jetzt noch nicht fertig ist. Wir sehen die ökonomischen

Beeinträchtigungen für die Stadt Teltow mit dem Einkaufsgebiet auch. Ich glaube nicht, dass man sich in den Stau stellt, um den Zehlendorfer Damm außen herum zu umfahren, sondern man wird sich nach Berlin orientieren. Da muss Teltow aber leider mit leben. Ich kann jedem, der ökologisch ein gutes Gewissen haben will empfehlen, die Strecken mit dem Rad oder etwas Anderem zurückzulegen. Die Stadt Teltow und die Gemeinde Kleinmachnow haben gut zusammengearbeitet, wir haben alles versucht in vielen Sitzungen. Eine Bundesbehörde ist nicht so einfach zu überzeugen. Die Brücke ist, und das haben die Gutachten gezeigt, stark beeinträchtigt. Es wurden schon Unterfanglager gebaut, falls die Brücke absackt. Sie muss dringend saniert werden.

TOP 5 **Mitteilungen, Informationen, Berichterstattungen**

TOP 5.1 **Bericht des Bürgermeisters**

Einwohnerzahlen per 30. Oktober 2019

Einwohner mit Hauptwohnung:	20.362
Einwohner mit Nebenwohnung:	682

Rammrathbrücke

Die Rammrathbrücke ist ab dem 11. November 2019 für ca. 18 bis 24 Monate geschlossen.

30 Jahre Mauerfall

Viele erinnern sich noch an den 9. November 1989. In der Gemeinde Kleinmachnow haben wir zwei wichtige Veranstaltungen.

Fotoausstellung

Die Fotoausstellung „Grenze und Mauerfall in Kleinmachnow“ ist vom 8. November 2019 bis 2. Januar 2020 im Rathaus Kleinmachnow zu sehen. Die Ausstellung zeigt ungewöhnliche Perspektiven auf die Grenze und den Mauerfall in Kleinmachnow. Gezeigt werden bislang unveröffentlichte, historische Bilder von privaten Fotografen aus Ost und West, darunter von Herrn Michael-Reiner Ernst und Herrn Georg Heinze. Die Eröffnung der Ausstellung findet am 7. November 2019 um 19:00 Uhr statt.

Feiern ohne Grenzen

Am 9. November 2019 veranstalten Teltow, Kleinmachnow, Stahnsdorf und das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf von Berlin gemeinsam in Teltow am Zeppelinufer ein Fest zum Gedenken an den Fall der Berliner Mauer vor 30 Jahren, ein Ereignis, das vielen noch als Tag der Freude in Erinnerung ist. Das Jubiläum soll mit den Bürgerinnen und Bürgern gefeiert werden. Musik, Tanz, Kunstinstallationen und eine Zeitzeugenrunde erwarten die Besucher. Der Eintritt ist frei. Eingeleitet wird das Fest um 13:00 Uhr mit einem Gottesdienst der Evangelischen Kirchengemeinde St. Andreas Teltow. Weitere Informationen finden Sie auch auf der Homepage Kleinmachnow.

TOP 5.2 **Informationen des Vorsitzenden der Gemeindevertretung**

- Der Vorsitzende der Gemeindevertretung, Herr Liebreuz, gratuliert noch einmal öffentlich allen Mitgliedern der Gemeindevertretung, die seit der letzten Sitzung Geburtstag hatten.
- Herr Liebreuz überreicht Blumen an Frau Richel, die am heutigen Tag Geburtstag hat sowie an Frau Knuth, die geheiratet hat.

Informationen zum Regionalausschuss

Im Vorfeld der ersten Sitzung haben sich die Vertreter der Kommunen getroffen, um ein Gefühl dafür zu entwickeln, wie man in Zukunft zusammenarbeiten und wie man thematische Schwerpunkte setzen möchte. Es gibt Ansatz zu versuchen, die Abläufe rund um die Gemeindevertretung aller drei Gemeinden zu synchronisieren, um bestimmte Themen gleichzeitig in den Ausschüssen bzw. in den jeweiligen Vertretungen beraten zu können. Da wird es aber noch Abstimmungsbedarf geben. Es kann Sinn machen, einen gewissen Mechanismus zu etablieren, um die Abstimmung ein wenig zu erleichtern. Abschließende Entscheidungen dazu gibt es aber noch nicht. Weiterhin wurde gesprochen über die klassischen Themen, die regional oder im regionalen Kontext immer wieder angebracht werden. Ganz vorn dabei ist immer das Thema Schwimmbad, das dann genannt wird, ohne in irgendeiner Weise da vertieft in das Thema einzusteigen. Es handelt sich dabei um eine Art Themensammlung, um an dieser Stelle gemeinsam Überschneidungen zu erkennen. Neben anderen Themen wäre auch das Thema Tourismus zu diskutieren.

Konkreter befasst haben wir uns mit einem Beschlussvorschlag der Gemeinde Stahnsdorf, wobei an der einen oder anderen Stelle nicht ganz deutlich wurde, wo der regionale Bezug dazu bestand. Das war aber symptomatisch für die Situation, wie wir sie im Moment haben. Wir haben eindeutig einen Findungsprozess innerhalb des Regionalausschusses, um in der Zukunft die Ausrichtung auch ein Stück weit effektiver so zu gestalten, dass Themen besser befördert werden können. Das hört sich eher negativ oder kritisch an, aber ich sehe das als Herausforderung, dass jetzt einfach eine Phase der Draufschau passiert, so dass der Regionalausschuss in Zukunft vielleicht dynamisch mit mehr Leben erfüllt werden kann. Wenn das Protokoll der letzten Sitzung vorliegt, werden wir dazu dezidiertes Stellung nehmen.

TOP 5.3

Bericht der Beauftragten für Chancengleichheit für das Jahr 2018

Der Bericht der Beauftragten für Chancengleichheit für 2018/2019 liegt in schriftlicher Form vor. Die Beauftragte für Chancengleichheit, Frau Höne, hält für die anwesenden Gäste einen zusammengefassten Bericht.

Nachfragen zum Bericht:

Herr Steinacker, Fraktion BIK

Vielen Dank, Frau Höne, für Ihren Bericht und die vielfältigen Aktivitäten, die Sie zu Gunsten des guten Miteinanders hier im Ort machen. Ich finde das großartig und das alles mit einer halben Stelle. Das ist wirklich beeindruckend und ich denke, Sie haben uns auch als Mitstreiter bei Ihren Bemühungen, auf den Feldern, die Sie genannt haben, voran zu kommen. Ich möchte noch eine Frage stellen. Mir ist in Ihrem Bericht aufgefallen, dass Sie zum Thema verwaltungsinterne Arbeit Themen haben wie Mobbing, Rat und Unterstützung in Fällen von Ungleichbehandlung, Konflikte zwischen Vorgesetzten und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, mangelnde Wert-

schätzung, wenn Arbeit krankmacht. Das sind natürlich Themen, die in großen Organisationseinheiten, großen Firmen und großen Verwaltung immer wieder vorkommen und immer wieder ein Thema sind. Im Bericht vom April 2018 standen die gleichen Themen mit den gleichen Worten. Vor anderthalb Jahren haben Sie auch in gleicher Weise Ihre Visionen formuliert. Für mich liest sich das so, als ob dieses Themenfeld der internen Schwierigkeiten ein sehr schwieriges Themenfeld ist, wo man sehr langsam vorankommt. Ich will auch nicht ins Detail gehen und hier ist auch nicht der Ort, um Details der verwaltungsinternen Arbeitssituation weiter zu besprechen. Können Sie vielleicht eine ganz allgemeine Einschätzung abgeben, ob Sie sich auch in der Richtung von den Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertretern erwarten? Ich finde, das ist ein wichtiges Feld. So wie die Verwaltung aufgestellt ist, wirkt sie auch im Ort und damit auf die Bürgerinnen und Bürger von Kleinmachnow.

Beauftragte für Chancengleichheit, Frau Höne

Das sind halt Themen, die einen sehr langen Zeitraum brauchen, um zu Veränderungen zu führen. Da sehr viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ruhestand gegangen sind, ist unsere Verwaltung im Moment auch einem großen Wechsel unterzogen. Das ist schwierig, so dass man sich erstmal wieder zusammenraufen muss. Deswegen denke ich, sollte man wirklich Möglichkeiten schaffen, um die Mitarbeiter zu binden und zu halten. Meine persönliche Einschätzung ist, so wie wir in den 90iger Jahren hier angefangen haben in der Verwaltung zu arbeiten, also 40 Stunden, das ist jetzt nicht mehr so das Lebensziel. Die Menschen, die sich heute dafür entscheiden, haben andere Einstellungen und Ansichten. Auch der Umstand, dass nur ganz wenige der Mitarbeiter überhaupt noch in Kleinmachnow wohnen bewirkt vielleicht, dass sich viele gar nicht mehr so richtig mit dem Ort identifizieren. Ich denke, es tut einer Verwaltung nicht gut, wenn man da nur seinen Job macht, sondern man hat die Bürger und sollte das Allgemeinwohl im Auge haben. Und deswegen denke ich, muss man auch besonders gut auswählen, wie man die Menschen dazu kriegt, dass sie sich wirklich für diese Verwaltung engagieren.

Frau Sahlmann, Fraktion B 90/Grüne

Vielen Dank, Frau Höne. Es ist ja bekannt, dass Sie sehr engagiert sind und auch sich auch in der Flüchtlingswelle, als viele hier in die Region kamen, sehr stark bemüht haben. In dem Rahmen ist ja auch die Schatztruhe in der USE und noch weitere Aktivitäten entstanden. Sind Ihre Aktivitäten bezüglich der Flüchtlinge jetzt etwas zurückgegangen? Gibt es vielleicht andere Schwerpunkte, die Sie für die Zukunft sehen?

Beauftragte für Chancengleichheit, Frau Höne

Ja, die Anzahl der geflüchteten Menschen ist zurückgegangen. Viele Bewohner der Übergangswohnheime von Stahnsdorf und Teltow sind nach Werder gegangen. Aber die, die noch da sind, sind die richtig schweren Fälle. Sie haben ja sicherlich von dem offenen Brief gehört, denn die Zusammenarbeit mit der Ausländerbehörde war wirklich sehr schwierig und kompliziert, es wird Leuten das Leben schwer gemacht, die perfekt integriert sind. Das ist auch eine Nichtachtung der Arbeit der vielen Ehrenamtlichen. Die Zusammenarbeit mit der gewog war wirklich immer gut, kann ich sagen. Es wurde viel möglich gemacht, um die Menschen mit Wohnungen zu versorgen, auch in dem Wissen, dass einige noch nicht den Status haben, den sie letztendlich bräuchten. Oder auch Arbeitgeber, die die Menschen hier in der Region beschäftigen. Die Zusammenarbeit ist wirklich sehr schwierig. Da sollte sich etwas ändern, dann würde es einfacher werden. Wer hier lebt, sein Auskommen hat und

sein Geld selbst verdient, der sollte das tun, denke ich.

TOP 6 Freiwillige Feuerwehr Kleinmachnow

TOP 6.1 Bestellung der Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Kleinmachnow DS-Nr. 148/19

Die Gemeinde Kleinmachnow als Träger des örtlichen Brandschutzes bestellt als Wehrführer der Freiwilligen Feuerwehr den Kameraden Alexander Scholz (Brandmeister) und als Stellvertreter die Kameraden Oliver Davids (Oberbrandmeister) und Peter Schulz (1. Hauptbrandmeister).

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 148/19 beteiligen sich:
Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 148/19:
Die DS-Nr. 148/19 wird einstimmig beschlossen.

- Die Wehrführung der Freiwilligen Feuerwehr Kleinmachnow ist anwesend. Der Bürgermeister beglückwünscht sie zu ihrer Bestellung und überreicht die Urkunden und Blumen.

TOP 7 Gesellschafterangelegenheiten

TOP 7.1 Gemeindliche Wohnungsgesellschaft Kleinmachnow mbH (gewog)

TOP 7.1.1 Besetzung des Aufsichtsrates der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft mbH Kleinmachnow (gewog) - Externe Mitglieder DS-Nr. 133/19

Die Gemeindevertretung bestellt gemäß § 41 BbgKVerf

- Frau Renate Lepping-Spliesgart und
- Herrn Elmar Prost

als externe Mitglieder des Aufsichtsrates der Gemeindlichen Wohnungsgesellschaft mbH Kleinmachnow (gewog).

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 133/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 133/19:

Die DS-Nr. 133/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 7.2 P & E

TOP 7.2.1 Gewährung eines Darlehens in Höhe von 495.000,00 Euro für 2019 und eines weiteren Darlehens in Höhe von 1 Mio. Euro für 2020 an die Technologie- und Verkehrsgewerbegebiet Dreilinden Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH DS-Nr. 127/19

Der Gesellschafter, Gemeinde Kleinmachnow, gewährt der Technologie- und Verkehrs-gewerbegebiet Dreilinden Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Kleinmachnow ein Darlehen in Höhe von 495.000,00 Euro für 2019 und ein weiteres Darlehen in Höhe von 1 Mio. Euro für 2020 zur Zwischenfinanzierung anstehender Deckungslücken.

Das Darlehen in Höhe von 495.000,00 Euro wird bis Ende 2019 ausgezahlt. Der Zinssatz beträgt 0,5 %. Die Rückzahlung des Darlehens an die Gemeinde Kleinmachnow erfolgt durch die Technologie- und Verkehrsgewerbegebiet Dreilinden Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Kleinmachnow bis zum 30. Dezember 2020.

Das Darlehen in Höhe von 1 Mio. Euro wird Anfang 2020 ausgezahlt. Der Zinssatz beträgt 0,5 %. Die Rückzahlung des Darlehens an die Gemeinde Kleinmachnow erfolgt durch die Technologie- und Verkehrsgewerbegebiet Dreilinden Planungs- und Entwicklungsgesellschaft mbH Kleinmachnow bis zum 30. Juni 2021.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 127/19 beteiligt sich:

Herr Templin

Abstimmung zur DS-Nr. 127/19:

Die DS-Nr. 127/19 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 8 Eigenbetrieb KITA-Verbund

Frau Feser und Frau Boll vom Eigenbetrieb KITA-Verbund sind anwesend und stehen für Fragen zur Verfügung.

TOP 8.1	KITA-Verbund Kleinmachnow Jahresabschluss zum 31.12.2018 Feststellung des geprüften Jahresabschlusses	DS-Nr. 104/19
----------------	--	----------------------

Die Gemeindevertretung stellt den geprüften Jahresabschluss des Eigenbetriebes KITA-Verbund Kleinmachnow zum 31.12.2018 in der Fassung vom 20.05.2019 fest.

Anlage

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 104/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 104/19:

Die DS-Nr. 104/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 8.2	KITA-Verbund Kleinmachnow - Entlastung der Werkleiterin	DS-Nr. 105/19
----------------	--	----------------------

Die Werkleiterin des Eigenbetriebes KITA-Verbund Kleinmachnow, Frau Susanne Fesser, wird auf der Grundlage des vorgelegten Jahresabschlusses 2018, für den Zeitraum 1. Januar bis 31. Dezember 2018, entlastet.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 105/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 105/19:

Die DS-Nr. 105/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 8.3	Brandschutztechnische Sanierung Kita „Ameisenburg“ - RLT-Anlage, Wärmeerzeugungsanlage und Schadstoffentsorgung	DS-Nr. 108/19
----------------	--	----------------------

Die Gemeinde Kleinmachnow beabsichtigt im Sommer 2020 die dringend notwendige Sanierung der raumlufttechnischen Anlagen sowie Wärmeerzeugungsanlage inklusive Trinkwarmwasser-bereitung im Objekt Kita „Ameisenburg“, Promenadenweg 10.

Die für diese Maßnahme erforderlichen finanziellen Mittel in Höhe von 345.000 Euro

werden 2020 im Haushaltsplan der Gemeinde eingestellt und dem KITA-Verbund als investiver Zuschuss im selben Haushaltsjahr zur Verfügung gestellt.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 108/19 beteiligen sich:

Eine Aussprache findet nicht statt.

Abstimmung zur DS-Nr. 108/19:

Die DS-Nr. 108/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 9	Städtepartnerschaften
--------------	------------------------------

TOP 9.1	Einladung von Vertretern der Gemeinde Kleinmachnow durch den Landrat des Powiat (Landkreises) Swidnicki (Republik Polen)	DS-Nr. 142/19
----------------	---	----------------------

Die Gemeinde Kleinmachnow nimmt die durch den Landrat des Powiat Swidnicki, Herrn Piotr Fedorowicz, ausgesprochene Einladung zur Teilnahme an der Versöhnungsmesse am 12. November 2019 in Kreisau an und entsendet eine Delegation bestehend aus

- Herrn Hartmut Piecha
- Herrn Henry Liebreuz
- Herrn Klaus-Jürgen Warnick

in der Zeit vom 11. November bis 13. November 2019 nach 58-100 Swidnica, ul. Marii Skłodowskiej-Curie.

Die Dienstreise mit Dienst-PKW wird genehmigt.

Anlage
Einladung

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 142/19 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Herr Templin
Frau Schwarzkopf

Abstimmung zur DS-Nr. 142/19:

Die DS-Nr. 142/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 10 Satzungen und Beschlüsse nach BauGB/BauO, Bauangelegenheiten

TOP 10.1 Abwägung zum Entwurf des Bebauungsplanes KLM-BP-025-3 "Empfangs- und Pförtnergebäude BBIS" (Abwägungsbeschluss) DS-Nr. 125/19

1. Die Stellungnahmen, die im Rahmen der Beteiligungen der Öffentlichkeit und der Behörden zum Entwurf des Bebauungsplanes KLM-BP-025-3 „Empfangs- und Pförtnergebäude BBIS“ eingegangen sind, wurden geprüft. Das Ergebnis ist in den Anlagen 2 und 3 dargestellt.
2. Der Bürgermeister wird beauftragt, die Bürger sowie die Behörden/Träger öffentlicher Belange, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von diesem Ergebnis in Kenntnis zu setzen. Dabei sind die Gründe anzugeben, die zu dem Abwägungsergebnis führten. Bei einer Vorlage des Bebauungsplanes nach § 10 Abs. 2 des Baugesetzbuches (BauGB) sind die nicht berücksichtigten Stellungnahmen mit einer Stellungnahme der Gemeinde beizufügen.

Anlagen

1. Abgrenzung Geltungsbereich KLM-BP-025-3 „Empfangs- u. Pförtnergebäude BBIS“

Abwägungsmaterialien:

2. Beteiligung Öffentlichkeit (Auslegungszeitraum 11.03. - 12.04.2019)
3. Beteiligung Behörden/sonstigen Träger öffentlicher Belange (Schreiben vom 09.04.2019)

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

TOP 10.2 Satzungsbeschluss über den Bebauungsplan KLM-BP-025-3 "Empfangs- und Pförtnergebäude BBIS" DS-Nr. 126/19

1. Die Gemeindevertretung beschließt für das in Anlage 1 gekennzeichnete Gebiet entsprechend dem heute beschlossenen Abwägungsergebnis gemäß § 10 des Baugesetzbuches in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634) – BauGB – den Bebauungsplan KLM-BP-025-3 „Empfangs- und Pförtnergebäude BBIS“ (vgl. Anlagen 2 und 3 als Satzung).
2. Die Begründung (vgl. Anlage 4) wird gebilligt.
3. Der Bürgermeister wird beauftragt, diesen Beschluss sowie die Angaben darüber, an welchem Ort und zu welchen Zeiten der Plan mit der Begründung von jedermann auf Dauer eingesehen und Auskunft über seinen Inhalt verlangt werden kann, ortsüblich bekannt zu machen.

Anlagen

- Abgrenzung Geltungsbereich KLM-BP-025-3 „Empfangs- und Pförtnergebäude BBIS“

Bebauungsplan KLM-BP-025-3 „Empfangs- und Pförtnergebäude BBIS“, bestehend aus:

- Bebauungsplan, verkleinert (Maßstab im Original: 1:1.000/Nebenzeichnungen 1:500)
- Teil B – Auszug Textliche Festsetzungen
- Begründung

Die Beschlussvorlage wird zurückgestellt.

TOP 10.3

Zurückstellung des Bauvorhabens -Erweiterung Hort "Am Hochwald" (DS-Nr. 129/18) bis zum 29.02.2020

DS-Nr. 156/19

1. Die Fortführung der Baumaßnahme –Erweiterung Hort „Am Hochwald“ (DS-Nr. 129/18) wird bis zum 29.02.2020 zurückgestellt.
Der Bürgermeister wird beauftragt, eine Aufstellung der Schülerzahlen Klasse 1 – 6 in Kleinmachnow und der Belegungszahlen der Horte des KITA-Verbundes vorzulegen und zugleich in Zusammenarbeit mit dem KITA-Verbund und sachkundiger Hilfe eine Prognose des zukünftigen Bedarfs abzugeben.
Dabei sind auch die Kapazitäten und Belegungszahlen der einzelnen Horte zu berücksichtigen.
2. Zugleich sind alle bisher angefallenen Kosten des Bauvorhabens zu ermitteln.
3. Die Gemeindevertretung wird nach Vorlage der Unterlagen den weiteren Fortgang in ihrer ersten Sitzung 2020 festlegen.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 156/19 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Frau Masche
Frau Feser, EBL KITA-Verbund
Herr Bültermann
Herr Steinacker
Herr Templin
Frau Schwarzkopf

- Herr Steinacker stellt den Änderungsantrag, die Beschlussvorlage zu ergänzen um den Punkt, dass auch über bauliche Alternativen oder alternative Lösungen zur Sicherstellung der eingeplanten Kapazitäten nachgedacht werden sollte.

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll

Wir machen es folgendermaßen. Ich möchte eine ergebnisoffene Prüfung hinsichtlich aller Sachen. Wenn Sie mir den Satz bis Montag liefern, sichere ich Ihnen zu, dass ich den Untersuchungsauftrag erweitere. Ich habe kein Interesse irgendwas nicht zu erwähnen oder nicht zu untersuchen. Ihre Anregung ist durchaus sinnvoll und deshalb brauchen wir hier keinen Satz zu konstruieren. Die Untersuchungsergebnisse werden an alle Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter weitergeleitet.

Abstimmung zur DS-Nr. 156/19:

Die DS-Nr. 156/19 wird mehrheitlich beschlossen.

TOP 11 Haushalt

TOP 11.1 Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2019; Stichtag 30.06.2019 und Übersicht Darstellung üpl/apl Aufwendungen I. und II. Quartal 2019 als Information **INFO 013/19**

Durch die Mitglieder der Gemeindevertretung wird der Bericht über die Entwicklung der Haushaltswirtschaft zum II. Quartal 2019 zur Kenntnis genommen.

TOP 11.2 Errichtungsbeschluss zum Vorhaben "Renaturierung des Düppelteichs und seiner umgebenden Grünanlagen", hier: Bereitstellung zusätzlicher Mittel **DS-Nr. 124/19/1**

1. Für den Abschluss der Maßnahme „Renaturierung des Düppelteichs und seiner umgebenden Grünanlagen“ wird eine außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigung (VE) i. H. v. 75.000,00 EUR für das Jahr 2019 bewilligt. Die überplanmäßige Gesamtkostenerhöhung dieser Investitionsmaßnahme M-000454 i. H. v. 75.000 EUR ist im Haushaltsjahr 2020 fällig und wird im Haushaltsplan 2020 veranschlagt.
2. Die Gestaltung der umgebenden Grünanlagen soll nach Variante II (vgl. Anlage 2, Tabelle), ohne die Aufstellung von Mehrgenerationenfitnessgeräten, erfolgen.

Anlagen

- Errichtungsbeschluss DS-Nr. 024/17/1 vom 06.04.2017
 - Neugestaltung Grünanlage Düppelteich, Kostenberechnung nach Ausführungsplanung (in drei Varianten)
- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Fachbereichsleiter Bauen/Wohnen, Herrn Ernsting.

Änderungsantrag von Herrn Templin – Ergänzung der Beschlussvorlage

- 3. Nach Abschluss der Baumaßnahmen soll die Nutzung des Parks ohne zeitliche Einschränkung möglich sein.**

An der Aussprache zum Änderungsantrag beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Frau Dr. Kimpfel
Herr Gutheins
Herr Bültermann

Abstimmung zum Änderungsantrag:

Der Änderungsantrag wird mehrheitlich abgelehnt.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 124/19/1 beteiligen sich:

Herr Gutheins
Herr Ernsting, FBL Bauen/Wohnen

Abstimmung zur DS-Nr. 124/19/1:

Die DS-Nr. 124/19/1 wird einstimmig beschlossen.

TOP 11.3	Sanierung und Modernisierung Gebäude Richard-Strauss-Weg 10	DS-Nr. 121/19/1
-----------------	--	------------------------

Der Gemeinde Kleinmachnow gehört das Grundstück mit dem Mehrfamilienhaus Richard-Strauss-Weg 10.

Das Gebäude wurde in den 1930er Jahren gebaut und ist jetzt komplett instand zu setzen bzw. zu sanieren. Dabei wird der energetische Aspekt berücksichtigt.

Für diese Maßnahme ist im Haushalt 2020 ein Betrag in Höhe von 300.000,00 Euro zu berücksichtigen.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch den Bürgermeister, Herrn Grubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 121/19/1 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Herr Templin
Frau Sahlmann
Herr Gutheins

Änderungsantrag von Herrn Gutheins – Für die Sanierungs- und Modernisierungskosten wird vorrangig das Hauskonto mit 50.000,00 Euro belastet. Die restlichen 250.000,00 Euro werden im Haushalt eingestellt.

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll

Wenn der Beschluss gefasst wird, werde ich die gewog anweisen, nur das Geld, unter Berücksichtigung einer Summe von 40.000,00 Euro, abzufordern, was für die Sanierung benötigt wird. Meine Ausführungen bedeuten, die 300.000,00 Euro im Beschluss bleiben stehen. Die Ausschreibung wird vorgenommen und im Aufsichtsrat vorgelegt. Wenn dann das Geld abfließt, ist die gewog verpflichtet, zunächst 40.000,00 Euro aus ihrem eigenen Hauskonto zu nehmen und nur das restliche Geld abzurufen bis zur maximalen Höhe von 300.000,00 Euro, falls es teurer wird. Ich kann ihr Ansinnen aber verstehen.

- Der Änderungsantrag wird durch Herrn Gutheins zurückgezogen.
- Frau Schwarzkopf schlägt vor, den Beschluss noch um den Antrag für die Fördermittel zu erweitern. Herr Grubert führt aus, dass er die Anregung in den

Baubetreuungsvertrag aufnehmen wird.

Abstimmung zur DS-Nr. 121/19/1:

Die DS-Nr. 121/19/1 wird mehrheitlich beschlossen.

Pause von 20:00 Uhr bis 20:10 Uhr

TOP 11.4 Förderung der Freizeitstätte "Toni Stemmler", Hohe Kiefer 41, 14532 Kleinmachnow DS-Nr. 128/19/1

1. Die Gemeinde Kleinmachnow unterstützt die Sicherstellung des Betriebes der Freizeitstätte „Toni Stemmler“, Hohe Kiefer 41, Kleinmachnow, durch die Volkssolidarität Landesverband Brandenburg e. V., in den Jahren 2020 und 2021 mit der Zahlung eines jährlichen Zuschusses in Höhe von 40.000 EUR an die Volkssolidarität.
2. Weiterhin unterstützt die Gemeinde Kleinmachnow die Sicherstellung des Betriebes o. g. Freizeitstätte durch einen Zuschuss an den Verein zur Förderung der Seniorenfreizeitstätte „Toni Stemmler“ e. V. in Höhe von jährlich bis zu 16.000 EUR für die Jahre 2020 und 2021 zur Finanzierung eines technischen Mitarbeiters.
3. Mitte des Jahres 2020, mithin vor Ausreichung der Förderbeträge 2021, erfolgt eine Evaluierung.

- Erläuterungen zur Beschlussvorlage durch die Fachbereichsleiter Schul-, Kultur- und Gebäudemanagement, Frau Konrad.

An der Aussprache zur DS-Nr. 128/19/1 beteiligen sich:

Frau Heilmann
Herr Templin
Frau Konrad, FBL SKGM
Herr Steinacker

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll

Herr Steinacker, ich nehme Ihre Anregung auf. Die Förderbeträge werden halbjährlich ausgereicht.

Abstimmung zur DS-Nr. 128/19/1:

Die DS-Nr. 128/19/1 wird einstimmig beschlossen.

TOP 11.5 Haushalt 2020 - 1. Lesung

INFO 012/19

An der Aussprache zur Info-Nr. 012/19 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert
Frau Pichl

Frau Sahlmann zu Protokoll

Unsere Fraktion hat darüber nachgedacht, dass man auf den „Zaubergarten“, im Haushalt unter der Nummer M-000661 Altes Dorf, Freifläche Gutshof, zu finden, gut und gerne verzichten könnte. Dort soll für viel Geld ein luxuriöser Garten angelegt werden und man weiß jetzt schon, dass der durch die Wildschweine nicht lange Bestand haben wird. Auch war historisch solch ein gestalteter Park dort nie vorhanden. Das ist durch die Verquickung verschiedener Umstände entstanden, dass die Kirche kostenlos einen Wettbewerb dort installiert hatte und hinterher gab es einen Wettbewerbssieger und dann wurde gesagt, dass die Gemeinde das mal bauen könnte. Es ist nicht einzusehen, dass man das für so viel Geld macht, was auch nicht sinnvoll ist. Es ist die Frage, ob man das wirklich drin lassen muss oder man da etwas Anderes vorsieht. Am Rande des Landschaftsschutzgebietes einfach eine Oberbodenandeckung und eine Begrünung, vielleicht eine kleine Blütenwiese. Das würde vielleicht 10.000,00 Euro kosten und nicht 280.000,00 Euro. Hingegen könnte man lieber einen Punkt aus dem Masterplan Fahrrad realisieren. Der Masterplan Fahrrad, für alle die neu sind, wurde 2013 beschlossen und sieht 100 Einzelmaßnahmen in Kleinmachnow vor, die im Sinne der Fahrradfahrer und der schwächeren Verkehrsteilnehmer, auch der Fußgänger, realisiert werden können. Davon ist schon einiges realisiert worden wie z. B. die fahrradfreundliche Umgestaltung des OdF-Platzes. Das ist auf Antrag der Fraktion B 90/Grüne im Jahr 2014 beschlossen worden. Es gibt noch einen Antrag unserer Fraktion aus dem Jahr 2015 zur Umgestaltung des Knotenpunktes Meiereifeld/Zehlendorfer Damm, was sich offensichtlich schwierig gestaltet, auch auf Grund dessen, dass eine Landstraße dabei ist. Man sollte es aber nicht aus den Augen verlieren. Dringlich wäre noch zu machen die Hohe Kiefer mit dem Knochenpunkt Stahnsdorfer Damm/Stolper weg. Dort ist zwar der Ansatz in Form eines Fahrradstreifens schon da, aber es gibt keine fahrradfreundliche Umgestaltung des Knotenpunktes.

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll

Das hat nichts mit dem Haushalt zu tun.

Frau Sahlmann zu Protokoll

Das hat was mit dem Haushalt zu tun und dafür muss dann auch Geld eingestellt werden. Wir überlegen und diskutieren noch, ob wir das in Form eines Antrages einbringen. Deswegen wollte ich das jetzt hier nur ankündigen.

Bürgermeister Herr Grubert zu Protokoll

Frau Sahlmann, Sie haben völlig Recht. Wenn überhaupt, dann ist jetzt der richtige Zeitpunkt über solche Dinge zu diskutieren. Wenn im Sitzungsdurchlauf im Dezember der Haushalt vorliegt, ist es sehr schwer, darüber zu diskutieren.

Ich habe folgende Auffassung als Bürgermeister, notwendige Maßnahmen aus dem Masterplan Fahrrad, die realisiert werden müssen, müssen in Angriff genommen werden, weil sie die Verkehrssicherheit erhöhen. Deshalb unterstütze ich sinnvolle Maßnahmen. Die Umgestaltung des Platzes Stahnsdorfer Damm/Hohe Kiefer am

Stolper Weg/Am Wall ist sicherlich etwas, was in den Handlungsschwerpunkten des Verkehrskonzeptes, das wir beschlossen und wo wir auch Planungsbüros beauftragt haben, untersucht wird und im nächsten Jahr auf die Tagesordnung kommt. Ihre Ausführungen hinsichtlich des „Zaubergartens“ sind falsch. Wir hatten mit der Krull-Stiftung einen Wettbewerb veranstaltet und nicht die Kirche hatte diesen Wettbewerb kostenlos installiert, sondern wir haben in der Gemeindevertretung darüber abgestimmt, dass wir diesen Wettbewerb, für den wir Förderung erhalten haben, durchführen. Die Gemeindevertreter haben sich also damit auseinandergesetzt, dass wir diesen Platz umgestalten wollen. Dann gab es ein Ergebnis. Aus diesem Ergebnis haben wir mehrheitlich einen Grundsatzbeschluss gefasst, dass wir den Siegerentwurf so wollen. Die geschätzten Kosten sind in den Haushalt aufgenommen werden. Im Februar werden wir über den Errichtungsbeschluss abstimmen. Ich möchte aber darauf hinweisen, dass in zwei Abstimmungen in der Gemeindevertretung dafür gestimmt wurde. Man kann es aber im Errichtungsbeschluss noch ablehnen.

Meine persönliche Meinung ist, dass das Gebiet anfängt, richtig gut zu werden. Die Bäckemühle ist zwar eine Arztpraxis, aber saniert geworden. Wir haben vom Eigentümer die Waldflächen bekommen und die Brücke erneuert. Im nächsten Jahr soll die Bäckewiese neu gestaltet werden. Den „Zaubergarten“ finde ich ganz toll, er tut dem Gebiet gut und deshalb werde ich mich für die Realisierung einsetzen.

An der weiteren Aussprache zur Info-Nr. 012/19 beteiligen sich:

Herr Templin
Frau Dr. Kimpfel

- Durch die Mitglieder der Gemeindevertretung wird der der Haushalt 2020 (1. Lesung) zur Kenntnis genommen.

TOP 12	Anträge
---------------	----------------

TOP 12.1	Plakatwerbung in Kleinmachnow - Antrag der Fraktion SPD/DIE LIN-KE/PRO	DS-Nr. 118/19
-----------------	---	----------------------

1. Der Bürgermeister wird beauftragt, eine „Satzung der Gemeinde Kleinmachnow zur Verfahrensregelung über die Werbung für politische Zwecke auf öffentlichen Straßen während der Wahlkampfzeit (Wahlwerbungssatzung)“ erarbeiten zu lassen. Als Vergleichsmaßstab könnte hierbei z. B. die Satzung von Bad Schandau oder ähnlichen Orten dienen (siehe Anhang).
2. Die Satzung soll im Wesentlichen beinhalten, dass für jede Partei, Wählergruppe oder Einzelbewerber/in nur maximal 100 Plakate (Personen und Themenplakate zusammengenommen) und nur maximal drei Großplakate aufgestellt werden dürfen.
3. Aus Gründen der Ortsgestaltung soll hierbei der Rathausmarkt ausgeschlossen bleiben.
4. Die Beschränkung soll sich auf jeweils einen Wahlvorgang beziehen, d. h. bei einer gleichzeitigen Kommunalwahl und Europawahl würde sich die zu genehmigende Zahl an Wahlplakate verdoppeln, bei drei Wahlen gleichzeitig dementsprechend verdreifachen.

Anlage

Der Antrag wird durch die einreichende Fraktion zurückgestellt.

TOP 12.2	Aufstellung von Ruhe- und Sitzbänken in der Gemeinde Kleinmachnow - Antrag der Fraktion CDU	DS-Nr. 139/19
-----------------	--	----------------------

Der Bürgermeister wird beauftragt zu prüfen, an welchen Orten in Kleinmachnow Ruhe- oder Sitzbänke bereits aufgestellt wurden und an welchen Orten weitere Ruhe- oder Sitzbänke aufgestellt werden könnten.

Außerdem wird der Bürgermeister beauftragt, den Gemeindevertretern verschiedene Hersteller und Anbieter für Ruhe- oder Sitzbänke vorzustellen. Im weiteren Verlauf soll dann nach einer Festlegung über Anzahl und Auswahl der Aufstellungsorte eine Ausschreibung und eine Umsetzung zur Aufstellung weiterer Ruhe- oder Sitzbänke erfolgen.

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Krüger.

Geschäftsordnungsantrag der einreichenden Fraktion – Verweisung in den Bauausschuss

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

TOP 12.3	Weitere Aufstellung von Ruhebänken - Antrag der Fraktion SPD/DIE LINKE/PRO	DS-Nr. 151/19
-----------------	---	----------------------

Der Bürgermeister wird beauftragt, in den nächsten drei Jahren 15 weitere Ruhebänke im Gemeindegebiet aufzustellen.

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Singer.

Geschäftsordnungsantrag der einreichenden Fraktion – Verweisung in den Bauausschuss

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

TOP 12.4 Radschnellweg (Protected Bike Lane) in Kleinmachnow - Antrag der Fraktion SPD/DIE LINKE/PRO

DS-Nr. 150/19

Der Bürgermeister wird beauftragt, ein Planungsbüro zu beauftragen, das mehrere Trassenvorschläge für die Führung moderner Radschnellwege in Kleinmachnow entwickelt. Dabei soll mindestens eine Variante eine Ost-West-Verbindung und eine Variante eine Nord-Süd-Verbindung vorsehen. Es sollen die in der Region geplanten Radschnellverbindungen besonders berücksichtigt werden.

- Erläuterungen zum Antrag durch Herrn Schubert.

An der Aussprache zur DS-Nr. 150/19 beteiligen sich:

Herr Steinacker
Frau Pichl
Herr Ernsting, FBL Bauen/Wohnen
Herr Schubert
Frau Schwarzkopf
Frau Sahlmann
Herr Schubert

Geschäftsordnungsantrag der einreichenden Fraktion – Verweisung in den Bauausschuss, Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Ordnungsangelegenheiten und Regionalausschuss

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag:

Der Geschäftsordnungsantrag wird einstimmig angenommen.

TOP 12.5 Überarbeitung der Richtlinie der Gemeinde Kleinmachnow für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Kindertagespflege - gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD/DIE LINKE/PRO, B 90/Grüne, BIK, FDP

DS-Nr. 154/19

Der Bürgermeister Kleinmachnows wird beauftragt, die seit 2009 geltende *Richtlinie für die Gewährung von Zuwendungen zur Förderung der Kindertagespflege* unter Berücksichtigung der von den Kleinmachnower Kindertagespflegepersonen gemachten Verbesserungsvorschläge zeitnah zu überarbeiten und der Gemeindevertretung Kleinmachnow eine veränderte Fassung der Richtlinie in ihrer Sitzung am 12. Dezember 2019 zur Abstimmung vorzulegen.

Zu Punkt 4.1.2 Qualifizierungsmaßnahmen

Fortbildungskurse, die im Zusammenhang mit den Erfordernissen der Kindertagespflege stehen, sind generell förderungswürdig. Über die maximale Zuwendung wird im Einzelfall und vor Beginn der Maßnahme entschieden.

Zu 4.1.3 Sachmittel

Finanzielle Zuwendungen werden für den Erwerb von Sachmittel zur qualitativen

Verbesserung der Kindertagespflege erteilt. Die Zuwendung wird zum Erwerb eines oder mehrerer Gegenstände, die in das Eigentum der Kindertagespflegepersonen übergehen, gewährt. Die Zuwendung ist auf 1.500 Euro begrenzt. Sofern die zu fördernde Tagespflegeperson umsatzsteuerbefreit ist, wird der Bruttoerwerbspreis erstattet.

Darüber hinaus beschließt die Gemeindevertretung, die bislang zur Verfügung stehenden Mittel in Höhe von 10.000,00 Euro für das Haushaltsjahr 2020 unverändert in den Haushalt einzustellen.

Die Auszahlung der Zuwendung erfolgt innerhalb von zwei Monaten nach Erwerb der Sachmittel. Ein Folgeantrag kann frühestens nach drei Jahren gestellt werden.

Anlage

Anlage 1 – derzeit gültige Richtlinie aus dem Jahr 2009

Anlage 2 – Entwurf einer neuen Richtlinie

- Erläuterungen zum Antrag durch Frau Linke.

An der Aussprache zur DS-Nr. 154/19 beteiligen sich:

Bürgermeister Herr Grubert

Herr Templin

Frau Schwarzkopf zu Protokoll

Soweit ich mich erinnere habe ich gelesen, dass z. B. Fortbildungen in der Waldorfschule nicht anerkannt werden. Es wäre mir sehr wichtig, dass die Fortbildungen in der Waldorfschule für entsprechende Leistungsträger mit anerkannt werden. In der Überarbeitung dieser Beschlussvorlage sollte man darauf achten.

An der weiteren Aussprache zur DS-Nr. 154/19 beteiligen sich:

Frau Heilmann

Herr Bültermann

Abstimmung zur DS-Nr. 154/19:

Die DS-Nr. 154/19 wird einstimmig beschlossen.

TOP 13	Anfragen nach § 7 Absatz 2 Geschäftsordnung (schriftliche Anfragen)
---------------	--

TOP 13.1	Betreuungskosten für Kinder, die ihren Wohnsitz nicht in Kleinmachnow haben - Anfrage von Frau Pichl, Fraktion B 90/Grüne	DS-Nr. 155/19
-----------------	--	----------------------

Für Kinder, die ihren Wohnsitz nicht in Kleinmachnow haben, aber in Kleinmachnow betreut werden, muss zum Vertragsabschluss für die Kita- oder Hortbetreuung mit dem KITA-Verbund Kleinmachnow eine Kostenübernahme der Heimatkommune vorgelegt werden. Ziel der Kostenübernahme ist es, die Differenz (Kostenausgleich)

zwischen dem Elternbeitrag und den realen Platzkosten (ggf. abzüglich des institutionellen Zuschusses) der Heimatkommune des Kindes in Rechnung zu stellen.

- 1. Hat die Gemeindeverwaltung seit 2004 die Differenz zwischen den Elternbeiträgen und den realen Platzkosten den entsprechenden Kommunen regelmäßig und ordnungsgemäß in Rechnung gestellt?**
 - 1.1 Wenn nein, warum nicht?**
 - 1.2 Wenn nein, seit wann rechnet die Gemeindeverwaltung nicht (mehr) mit den entsprechenden Heimatkommunen ab?**
 - 1.3 Wenn nein, wie hoch sind die Differenzbeträge, die nicht abgerechnet wurden (bitte für jedes Jahr, in dem nicht abgerechnet wurde, gesondert auflisten)?**
- 2. Warum wurde der KITA-Verbund Kleinmachnow jahrelang angewiesen, nicht die tatsächlichen Kosten für die Kita-/Hortbetreuung der Gemeinde Kleinmachnow in Rechnung zu stellen, sondern deutlich geringere Kosten, die von der Gemeindeverwaltung vorgegeben wurden?**
 - 2.1 Wenn es mit anderen Kommunen eine oder mehrere Vereinbarungen zur Abrechnung der Differenzkosten gab/gibt, bitten wir, diese vorzulegen.**
- 3. Welche Kosten sind der Gemeinde Kleinmachnow durch die fehlende Abrechnung entstanden (bitte pro Jahr, in dem nicht abgerechnet wurde, auflisten)?**
 - 3.1 Welche Beträge sind verjährt, welche können noch eingefordert werden?**
- 4. Haben andere Kommunen (z. B. Teltow, Stahnsdorf, Potsdam oder Berlin) Kleinmachnow die Differenzkosten für Kita- oder Hortbetreuung von Kindern, die ihren Wohnort in Kleinmachnow haben, in Rechnung gestellt?**
 - 4.1 Wenn ja, in welcher Höhe seit 2004 (bitte pro Jahr gesondert auflisten)?**
- 5. Die Kämmerin wird um eine Auskunft zu diesem Sachverhalt gebeten.**
- 6. Der Rechnungsprüfer wird um eine Auskunft zu diesem Sachverhalt gebeten.**

Die Fragen werden zur nächsten Sitzung der Gemeindevertretung schriftlich beantwortet.

TOP 13.2

Ersatzpflanzungen Flur 12, Flurstücke 15 und 16, Zehlendorfer Damm 71-73 - Anfragen von Frau Winde, Fraktion B 90/Grüne

DS-Nr. 157/19

Als neues Mitglied der Gemeindevertretung schreibe ich bezüglich eines Anliegens, das bereits eine Vorgeschichte hat. Es handelt sich um das Grundstück Zehlendorfer Damm 71-73 (Flurstück 12, Flurstücke 15 und 16), auf dem im Jahr 2013 vom Eigentümer massive Baumfällungen vorgenommen wurden. Ich hatte damals dazu in der Einwohnerfragestunde nachgefragt, ob und wenn ja, in welchen Gebieten, Aufforstungen bzw. Ersatzpflanzungen vorzunehmen seien.

Daraufhin erhielten die Anwohner des o. g. Grundstücks ein Schreiben des Bürgermeisters vom 14.02.2014 mit dem Text (Auszug): "Für Haus 3, ein geplanter Neubau im vorderen Baufenster zur Straße, liegen seit Beginn dieses Jahres eine Baugenehmigung sowie eine Fällgenehmigung vor, so dass schon bald mit dem Bau begonnen werden könnte. Für das Vorhaben sollen 52 Bäume gefällt werden. Der notwendige Ersatz für diese nach Gehölzschutzsatzung der Gemeinde Kleinmachnow genehmigten Fällungen wird insbesondere auf der im Bebauungsplan mit "W1" bezeichneten Fläche erbracht. Die Fläche W1, im Bebauungsplan ausgewiesen als Fläche mit Bindung für Pflanzung und Erhalt von Bäumen, liegt im südlichen Grundstücksbereich."

Da die Bau- und Erdarbeiten sehr lange bis zur Fertigstellung andauerten, war vermutlich eine zeitnahe Umsetzung der Ersatzpflanzungen nicht möglich. Nun sind die Bauarbeiten seit ein bis zwei Jahren aber abgeschlossen, eine Ersatzpflanzung wurde aber meines Erachtens nicht vorgenommen.

Bitte teilen Sie mir mit, ob Ersatzpflanzungen durch den Eigentümer geleistet wurden. Falls diese nicht geleistet wurden, teilen Sie mir bitte mit, ob der Eigentümer dazu von der Gemeindeverwaltung aufgefordert wurde und wie die Gemeindeverwaltung in dieser Sache weiter vorgehen wird.

zu 1. Ersatzpflanzungen am Zehlendorfer Damm

Wie ich bereits im UVO-Ausschuss berichtete, sollen in der Pflanzsaison 2019/20 durch den Landesbetrieb Straßenwesen 44 Bäume der Arten Eiche und Linde als Lückenpflanzung an der Ortsdurchfahrt entlang Zehlendorfer Damm (L 77) gepflanzt werden. Die Gemeindeverwaltung hat den Landesbetrieb nach langwierigen Verhandlungen endlich dazu gebracht, dass nach über 10 Jahren wieder Ersatzpflanzungen für die zahlreichen Baumverluste am Zehlendorfer Damm erfolgen. Der Landesbetrieb pflanzt sonst vorzugsweise außerhalb der Ortslage, da dort die Baumpflanzung ohne unterirdische Leitungen und Grundstückszufahrten wesentlich unkomplizierter sind. Insofern ist diese nun bevorstehende Pflanzung das Ergebnis der stetigen Bemühungen des FD Tiefbau/Gemeindegrün.

zu 2. Grundstück Zehlendorfer Damm 71-73

Ebenso verhält es sich bei dem Grundstück Zehlendorfer Damm 71-73, dem ehemaligen Seemannserholungsheim. Der Fachbereich Bauen/Wohnen ist auch hier seit Beginn der umfangreichen Bauarbeiten im Jahr 2011 unter anderem damit beschäftigt, die Vorschriften der Gehölzschutzsatzung der Gemeinde Kleinmachnow zu vollziehen. Das gilt für alle dort inzwischen vorgenommenen Fällungen, die mit entsprechenden Verfahren und Ersatzpflanzungsaufgaben verbunden waren. Leider ist trotz regelmäßiger schriftlicher Aufforderungen an die Eigentümer noch sehr vieles offen, sodass wir weiterhin daran arbeiten, die beauftragten Ersatzpflanzungen auch durchzusetzen.

TOP 14	Anfragen nach § 7 Absatz 3 Geschäftsordnung (mündliche Anfragen)
---------------	---

1. **Herr Hahn**
 - 1.1 **Mich hat die Anfrage eines Bürgers bezüglich der neuen Ladensäulen erreicht, der damit gerechnet hatte, marktübliche Preise für den Strom zu bezahlen, zwischen 30 und 40 Cent/kwh. Bezahlt hat er aber deutlich über 80 Cent. Wie kommt diese Preisgestaltung zu Stande?**

Die Frage wird in der nächsten Sitzung des UVO-Ausschusses beantwortet.

2. **Frau Schwarzkopf**
 - 2.1 **Während der Veranstaltung „Klimaschutz in Kleinmachnow“ hat Herr Piecha erwähnt, dass die Ladestationen, die sich hier am Rathaus befinden, zukünftig nur noch für die Verwaltung zugänglich sein sollen. Ich möchte mal kurz**

schildern, wie es zu der Ladestation hier am Rathaus kam. In den Jahren 2009 und 2011 hat die Agenda „Energie- und Klimaschutz“ zwei Veranstaltungen im Rathaus organisiert und stattfinden lassen. Das waren Klimaschutz-Veranstaltungen, die von den Bürgern besucht wurden. Unter anderem hat während dieser Veranstaltung der Verein „Drehstromkiste“ einen Vortrag gehalten und hat der Gemeinde Kleinmachnow dafür, dass er diesen Vortrag halten durfte, eine Drehstromkiste geschenkt. Das hat dazu geführt, dass die Ladestation am Rathaus überhaupt errichtet wurde. Diese Drehstromkiste, die wir 2009 geschenkt bekommen haben, war mit der Auflage verbunden, dass die Ladestation, in Form einer Drehstromkiste, innerhalb von drei Monaten aufgebaut werden muss, sonst bekommen wir sie nicht geschenkt. Ich hatte damals mehrmals nachfragen müssen, damit wir die drei Monate einhalten konnten. Es wurde um eine Woche überschritten, wir haben die Drehstromkiste aber trotzdem geschenkt bekommen. Im Nachgang hat es dazu geführt, dass die Drehstromkiste abgebaut und zwei andere Ladestationen aufgebaut wurden. Jetzt haben wir ja in Kleinmachnow ein Ladestromkonzept mit sechs neuen Ladestationen, eine siebte kommt vielleicht noch. Dieser Plan, der dazu geführt hat, dass die sechs Ladestationen an diesen Orten errichtet wurden, hat auf der Grundlage aufgebaut, dass hier am Rathaus eine öffentliche Ladestation für die Bürger zugänglich ist. Deshalb möchte ich, dass zusätzlich zu denen, die wir jetzt haben, zumindest eine der beiden Ladestationen weiterhin den Bürgern zur Verfügung steht. Eine Ladestation würde für die Verwaltung ausreichen. Ich möchte gerne, dass es umgestellt wird auf ein Bezahlprinzip. Das ist ganz einfach, die Kommune hat auch keine Arbeit damit. Es wäre die Möglichkeit gegeben.

Herr Ernsting, FBL Bauen/Wohnen

Frau Schwarzkopf, wir haben mit Fördermitteln des Bundes sieben Ladesäulen mit jeweils zwei Ladepunkten errichtet. Davon befinden sich zwei am Fahnenmast im Bereich des Rathauses. Elektromobilität ist ein wichtiges Thema, aber wir können den Strom nicht verschenken, das heißt, er ist kostenpflichtig, wird also kostenpflichtig abgegeben. Die beiden Ladesäulen, die Sie an der Wand unter der Sonnenuhr am Rathaus sehen, werden um die Ecke an die Bibliothekseite verlegt und sind nur noch für die Dienstwagen zugänglich. Also, gibt es sieben Ladesäulen, zuzüglich der achten Ladesäule, eine Schnellladesäule, die noch mit Landesfördermitteln an den Parkplätzen am Rathausmarkt errichtet wird. Mit 14 kostenpflichtigen Ladepunkten und dem Schnelllader haben wir eine gute Abdeckung. Die Abrechnung ist gewährleistet. Im UVO-Ausschuss werden wir nochmal über die Kostenentwicklung informieren.

Nachfrage von Frau Schwarzkopf

Können Sie mir sagen, warum man jetzt dieses Geld in die Hand nimmt, um die beiden Ladestationen um die Ecke zu verlegen?

Herr Ernsting, FBL Bauen/Wohnen

Wir möchten eine klare Trennung zwischen öffentlichen Stellplätzen, das sind die bevor es um die Ecke geht und denen, die ausschließlich für Dienstwagen sind.

3. Frau Dr. Kimpfel

- 3.1 Bürger haben mich angesprochen, dass die Stufen vom Gehweg zum REWE-Getränkemarkt, gerade jetzt im Winter und besonders für die älteren Bürger, schwer zu begehen sind. Gibt es die Möglichkeit, den Zugang zum REWE-Getränkemarkt ohne Stufen zu gestalten? Wenn Bürger mit dem Rollator kommen, müssen Sie den Weg über die Einfahrt zum Parkplatz nehmen.**
- 3.2 Die Anwohner gegenüber des REWE-Marktes werden durch die Beleuchtung, die über 22:00 Uhr hinausgeht, stark geblendet. Könnte man ab 22:00 Uhr die Beleuchtung dämpfen?**

Bürgermeister Herr Grubert

Zu 1.

Die Treppen befinden sich auf Privatgelände. Die Umgestaltung des Privatgeländes würde sicherlich einer längeren Rampe bedürfen. Das fällt nicht in den Gemeindebereich. Mir ist bekannt geworden, dass REWE wohl auch ein Konzept dahingehend hat, ihren Markt zu vergrößern und die Flächen der Apotheke, den danebenliegenden Laden sowie die ehemalige Postfiliale zu integrieren. Pläne liegen uns aber noch nicht vor. In dem Zusammenhang wäre es sicher sinnvoll. Die Bürgerinnen und Bürger sollen die Verwaltung anschreiben und wir geben das gerne weiter.

Zu 2.

Auch hier müssten die Bürgerinnen und Bürger die Verwaltung anschreiben und wir geben das weiter.

4. Frau Schwarzkopf

- 4.1 Im Oktober haben wir mehrheitlich beschlossen, dass für das Dach der Remise im Zehlendorfer Damm 200 100.000,00 Euro im Jahr 2019 und weitere 100.000,00 Euro im Jahr 2020 vorgesehen sind. Herr Ehrt hat mich angesprochen und gesagt, es sei wohl so, dass die Verwaltung befunden hätte, dass das Dach Zehlendorfer Damm 200 dringender zu sanieren wäre und deswegen das Dach der Remise nicht mehr weiterverfolgt werden würde. Ich kann mir das gar nicht vorstellen.**

Die Frage wird durch die Verwaltung schriftlich beantwortet.

Ende der öffentlichen Sitzung 21:25 Uhr

Fünf Minuten Pause 21:25 Uhr bis 21:30 Uhr

Kleinmachnow, den 13.12.2019

Henry Liebreuz
Vorsitzender der Gemeindevertretung

Anlagen